

Tagespiegel

Der Kirchenrat der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union hat gegen die Zurücksetzung des evangelischen Volksteils bei Stillelegung von pädagogischen Akademien Einspruch erhoben.

Der Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes Anstehner erklärt, der Bund habe keinerlei Bindungen bezüglich der Reichspräsidentenwahl eingegangen.

Adolf Hitler hat sich in München mit allen Unterführern der NSDAP im Reich über die Präsidentschaftswahl beiprochen.

Die „Tägliche Rundschau“ wird einen Briefwechsel zwischen Selbie, Dästerberg und Hitler veröffentlichen, in dem verschiedene, bisher unbekannt Vorkommnisse zur Sprache gebracht werden.

Der bayerische Landtag hat den deutschnationalen Antrag, die 7 Kreisregierungen im rechtsrheinischen Bayern auf zwei zu vermindern, mit 52 gegen 45 Stimmen (B. Volksp., Nationalsozialisten und Kommunisten) angenommen.

Der bayerische Landtag hat den Antrag auf Aufhebung, wie den auf Aufhebung der Verdoppelung der Schiffssteuer mit 57 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Der Sichtvermerkzwang zwischen Deutschland und Spanien ist ab 1. Februar wieder aufgehoben worden.

Die langen Verhandlungen des österreichischen Bundeskanzlers Buresch mit dem Landbund haben schließlich zu einer Verständigung geführt, so daß voraussichtlich eine Minderheitsregierung aus Christlich-Sozialen und Landbund gebildet wird.

Die „Times“ schreibt, es bestehe keine Aussicht mehr auf eine Zusammenkunft Mac Donalds mit Caval, die Meinungsverschiedenheiten seien zu groß. Beide werden sich erst in Gené auf der Abrüstungskonferenz sehen.

Der Chef des französischen Generalstabs, General Wengand, ist aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, nachdem er das 65. Lebensjahr erreicht hat. Er bleibt jedoch mit jeweils einjähriger Verlängerung bis 1935 auf seinem Posten als Generalstabschef.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat seine Abreise nach Gené auf Ende nächster Woche verschoben.

Die Regierung in Washington lehnt sich dem englischen Schritt in Tokio an.

Die Japaner stellen die Nachricht von der Einstellung des Kampfes in Schanghai in Abrede.

Die chinesischen Verluste in Schapei werden neuerdings von Reuter auf 300 Tote und Verwundete angegeben. Der Bahnhof von Schapei ist zerstört.

Die spanische Regierung hat die Berufung des Jesuitenordens gegen seine Auflösung und Vermögenserschlagung nicht entgegengenommen. Die Kirchen, Klöster und sonstigen religiösen Besitztümer des Ordens werden den kirchlichen Behörden überwiesen.

Die deutschen Reparationsleistungen

Amtliche Mitteilung

Berlin, 29. Jan. Bei der Erörterung der deutschen Zahlungsfähigkeit spielt neuerdings die Auffassung eine Rolle, daß Deutschlands innere Schuld im Verhältnis zu der inneren Schuld seiner Gläubigerländer „außerordentlich gering“ sei und daß Deutschland infolge dieses Umstandes bei einer Entlastung von den Reparationen „leistungsfähiger als diese Länder“ sein würde. (Laval.)

Die Ursachen, auf denen die Verringerung der öffentlichen Schuld beruht, sind jedem Kenner der Dinge bekannt. Jeder weiß, daß die Inflation nahezu die gesamten öffentlichen Schulden, vor allem die außerordentlich hohen inneren Kriegsschulden ausgelöscht hat und daß dies für den einzelnen Staatsbürger eine schwere Vermögensverluste bedeutet, aber auch dem Staat, dem die wichtigsten Steuerquellen fortfielen, nicht zum Vorteil gereicht hat. Dem Staat erwuchsen eine Unmenge von Leistungen für diejenigen physischen und juristischen Personen, besonders die sozialen Versicherungsträger, die durch die Inflation verarmt sind. Mit der Vernichtung des Kapitals durch die Inflation ging die Übertragung von Kapital und Sachgütern aus der Substanz des deutschen Volkvermögens auf Grund des Versailler Vertrags gleichen Schritt. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft im In- und Ausland konnte unter diesen Umständen nur unter Zuhilfenahme von im Ausland geborgten Kapitalen erfolgen. Kapitalarmut und überhöhte Zinsen sind die bemerkenswertesten Erscheinungen der deutschen Wirtschaftsnote nach der Stabilisierung der Mark.

Ebenso wie diese Erscheinungen durch die Inflation und

die erwähnten Leistungen aus der deutschen Vermögenssubstantz verursacht worden sind und die deutsche Wirtschaft bis zur Stabilisierung der Mark in einem dauernden Krisenzustand erhalten haben, so hat die Kapitalarmut und die überhöhte Zins wieder zur Erneuerung der Krise beigetragen, bis durch den Vertrauenszusammenbruch des vorigen Jahres die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das deutsche Problem gelenkt worden ist.

Die ungeheure Kapitalarmut Deutschlands beruht in erster Linie auf den Leistungen, die Deutschland in Ausführung des Versailler Vertrags- und des Versailler Vertrags bewirken mußte. Über den Wert dieser Leistungen herrschen in der Öffentlichkeit verschiedene Auffassungen. Sie können nicht darnach bemessen werden, was die Reparationskommission Deutschland gutgeschrieben hat. Während die Ausschreibungen des Generalagenten und der WZJ über die deutschen Leistungen nach Inkrafttreten des Dawesplans laufend und nach allgemein anerkannten Methoden erfolgten, beruhten die Gutschriften der Reparationskommission auf den einseitigen und willkürlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags. Die Reparationskommission erteilte für große Gruppen der deutschen Leistungen überhaupt keine Gutschriften oder berechnete nur einen Teil des Wertes; sie hat namentlich infolge der Inkraftsetzung des Youngplans die Gutschriften nicht zu Ende geführt. So ist z. B. über einen der größten Posten, das deutsche eingezogene Eigentum im Ausland überhaupt keine Abrechnung erteilt worden. Die Abrechnungen der Reparationskommission (Repto) geben daher keinen Aufschluß darüber, was die einzelnen Gläubigerregierungen von Deutschland wirklich empfangen haben, noch welches der wirkliche wirtschaftliche Wert war, der Deutschland durch seine Leistungen verloren ging. Will man ermitteln, was die deutschen Leistungen bedeutet haben und welche Folgen sie für die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft hatten, so muß man versuchen, ihren wirtschaftlichen Wert zu ermitteln und die unmittelbaren Verluste und Kosten zu ermitteln, die Deutschland aus der Durchführung des Versailler Vertrags entstanden sind.

Die Antwort hierauf gibt folgende Aufstellung:

Deutsche Leistungen bis 30. Juni 1931:

A. Bis 31. August 1924:		In Millionen RM. tatsächl. Gutschriften nach der Repto.	
1. Barzahlungen auf Grund des Londoner Zahlungsplans für 1921 u. 1922		1700	1700
2. Rheinlandzölle 1921		3	3
3. Sonstige Barzahlungen		51	8 ¹⁾
4. Englische Reparationsabgabe (German Reparation-Recovery-Act 1921)		373	373
5. Kohlen und Koks		2334	959
6. Roholienprodukte und Silikostoff		40	40
7. Farbstoffe und pharmazeutische Erzeugnisse		250	88
8. Vieh		204	147
9. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte (Art. 3 des Abkommens vom 1. Juli 1919 zur Verlängerung des Waffenstillstandsvertrags)		21	21
10. Sonstige Sachlieferungen		385	385
11. Belgische Kunstwerke und Roemener Bibliothek		16	2
12. Seeschiffe (Handelsflotte)			
a) abgelieferte		3425	756
b) beschlagnahmte		1060	— ²⁾
13. Binnenschiffe		56	50
14. Hafenanlagen (Erfassungslieferungen für Scapa Flow)		80	—
15. Eisenbahnmateriale			
a) rollendes (Art. 250 B. V.)		1100	827
b) rollendes (Art. 371 B. V.)		697	—
c) festes (Geräte und Materialen)		5	6
16. Kraftfahrzeuge		59	32
17. Nichtmilitärischer Rücklaß an der West-, Ost-, Südost- und Südfront		5041	140 ³⁾
18. Privatgüter		78	53
19. Privateigentum im Ausland		10080	13 ⁴⁾
20. Ausgleicherfahren		617	—
21. Eisenbahnen und Bergwerke in Schanghai, Lehrinstitute in Schanghai		95	61
22. Wert der auf die abgetretenen Gebiete entfallenden, aber nicht übernommenen Anteile an der Reichs- und Staatsschuld		657	26
23. Abgetretenes Reichs- und Staatseigentum		9670	2298 ⁵⁾ u. 6)
24. Arbeiten deutscher Kriegsgefangener		1200	— ⁷⁾
25. Kriegsmaterial-Schrotterlöse		52	52
26. Ablieferte Kriegsschiffe		1338	—
27. Während der Ruhr Besetzung erzwungene Leistungen			
a) Sachleistungen	820 Mill. RM.		
b) Barleistungen	550 Mill. RM.	1370	27 ⁸⁾
Summe bis 31. 8. 1924		42 059	8 067
		In Millionen RM.	
B. Leistungen auf Grund des Dawesplanes		7993	
C. Leistungen auf Grund des Youngplans, des deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens und des deutsch-belgischen Marktabkommens		3103	
Gesamtsumme bis 30. Juni 1931:		53 155	

D. Sonstige Leistungen:	
a) Innere Befehlskosten	2 012 Mill. RM.
b) Kosten der Verbandskommissionen	106 Mill. RM.
c) militärische Ausrüstung einschließlich verfeindeter Kriegsschiffe	8 500 Mill. RM.
d) industrielle Ausrüstung	3 500 Mill. RM.
e) Grenzregulierung, Abfindung, Flüchtlingssorge, sowie die durch die deutschen Leistungen verursachten Verwaltungskosten	400 Mill. RM.
Zusammen	14 518 Mill. RM.
hinzü obige	53 155 Mill. RM.
Insgesamt rund	67 673 Mill. RM.

Anmerkungen:

- Im wesentlichen Barzahlungen an Frankreich für Effah-Lothringen und zwar außerordentliche Kriegsausgaben der Gemeinden, Pensionen effah-lothringischer Beamter, Abfindungen für Sozialversicherung.
- Ausschließlich der unter das amerikanische Freigabegefeß fallenden, von den Vereinigten Staaten beschlagnahmt gemessenen Schiffe.
- Gutschrift betrifft Rücklaß an der Westfront.
- Gutschrift betrifft die gemäß Art. 260 VV. abgelieferten Wertpapiere und Saldo der deutsch-belgischen Abrechnung über deutsches Privateigentum.
- Der Wert der abgetretenen Saargruben ist nicht aufgeführt.
- Keine Gutschrift ist für Polen (ehemaliges Königreich), für Effah-Lothringen, Eupen-Walmedy und die Schutzgebiete erteilt worden.
- Nach Abzug von schätzungsweise 300 Millionen RM. für Verpflegung und Unterkunft.
- Gutschrift betrifft nur Farbenlieferungen. Für die übrigen Leistungen fehlt die Gutschrift.

Wie die Verteilung dieser Leistungen unter den Gläubigern erfolgt ist, läßt sich nicht ermitteln. Insbesondere kann auch nicht gesagt werden, wieviel Frankreich, dem nach den Abkommen unter den Verbündeten 52 bzw. 54 Prozent der deutschen Leistungen zugestanden sind, hiervon im einzelnen erhalten hat.

In der obigen Aufstellung sind eine Reihe von Leistungen mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Bewertung nicht ausdrücklich aufgeführt worden. So fehlt die Angabe des wirtschaftlichen Werts der abgetretenen Gebiete und der Kolonien. Ferner sind alle aus der militärischen Zerschlagung Deutschlands und der zwangsweisen Übertragungen der deutschen Vermögenssubstantz erwachsenen unabsehbarbaren indirekten Schäden und Verluste nicht aufgeführt. Auch alle mittelbaren Leistungen, z. B. die Zinsen und Aufwände, die den Empfängern aus den deutschen Leistungen erwachsen sind, sind unberücksichtigt geblieben. Endlich ist die Belastung des deutschen Kredits durch den Kapitalwert der Younganleihe und die Belastung aus dem Hooverjahr nicht angegeben.

Der Sturm bricht los

Kämpfe in Schanghai

Schanghai, 29. Januar. Wie bereits berichtet, haben gestern die Kämpfe zwischen Japanern und Chinesen in Schanghai begonnen. Die Japaner landeten von ihren Kriegsschiffen Truppen, um die Stadt Schanghai zu besetzen, obgleich der Bürgermeister von Schanghai das Ultimatum des japanischen Oberbefehlshabers angenommen hatte. Der Befehlshaber hatte außerdem verlangt, daß alle Verteidigungsanlagen, die von den chinesischen Truppen an chinesischen Teil der Stadt, Schapei, angelegt worden waren, sofort beseitigt werden müßten. Die Chinesen leisteten Widerstand und es entwickelte sich ein heftiger Kampf, während dessen die japanischen Kriegsschiffe Schapei beschossen, außerdem wurde die Stadt von japanischen Fliegern mit Bomben belegt. Ein Haus nach dem anderen geriet in Brand und schließlich wütete eine furchtbare Feuersbrunst.

Nach Mitternacht hatten die Japaner einen großen Teil von Schapei besetzt. Mit dem Morgengrauen fing die Kanonade von neuem an und die Flugzeuge erneuerten ihre Angriffe. Die Chinesen wehrten sich aufs tapferste, und es gelang ihnen, mit Hilfe von Panzerzügen, die Japaner zum Teil zurückzutreiben und den besetzten Bahnhof von Schapei zurückzuerobern. Die Japaner landeten neue Verstärkungen, um die betreffenden Truppen zu unterstützen. Die Chinesen drangen bis dicht an die Grenze der Fremdenniederlassung vor. Es scheint aber, daß die Japaner schließlich die Oberhand behielten. Ein japanischer Panzerwagen, der durch die Fremdenstadt die Chinesen von der Flanke angreifen wollte, wurde von britischen Freiwilligen aufgehalten. Im Hongkau-Bezirk, der von japanischen Marine-truppen vollständig besetzt ist, hört man Gewehr- und Maschinengewehrfeuer.

Die Chinesenstadt Schapei hat ungefähr eine halbe Million Einwohner. Die fremden Mächte haben zur Unterstützung ihrer regulären Truppen Freiwillige herangezogen. Eine japanische Fliegerbombe platzte im Fremdengbiet und richtete großen Schaden an. Menschen wurden indessen nicht verletzt. Morgens 4 Uhr wurde mitgeteilt, daß die Japaner

nischen Verluste 8 Tote und 29 Verwundete betrogen, während die Chinesen einen Verlust von etwa 2000 Mann gehabt haben sollen.

Die japanische Regierung hat eine weitere Flotte nach Schanghai befohlen. Weiter wird gemeldet, daß sich japanische Truppen auf dem Marsch nach Charbin befinden, um die Interessen der dortigen Japaner zu schützen. Neuter meldet, die chinesische Regierung in Nanking sei entschlossen, gegen den japanischen Einbruch Widerstand zu leisten. Die Reserven des 19. kantonesischen Armeekorps, die gegenwärtig im Gebiet von Nanking stehen, und die 3. Division der Nationalgarde seien mobil gemacht und mit der Bahn nach Schanghai abgefordert worden.

Das chinesische Kabinett in Nanking ist neu gebildet worden. Ministerpräsident ist Wangschinwei, Außenminister Bowentau.

Aus Washington meldet Neuter, 4 amerikanische Zerstörer in Manila haben auf Erlauchen des Befehlshabers der amerikanischen Flottenkommandos auf dem Yangtze Befehl erhalten, sofort nach Schanghai in See zu gehen. Admiral Taylor in Manila hat von Washington streng vertrauliche Weisungen erhalten.

Die zweite japanische Division, die Kiautschow besetzt hält, hat Befehl erhalten, nach T. jansichun (d. h. Charbin) vorzurücken.

Japanischer Bericht über die Vorgänge in Schanghai

Paris, 29. Jan. Die französische Agentur „Indo Pacifique“ berichtet aus Schanghai: Aus halbamtlicher japanischer Quelle verlautet, daß 200 chinesische Polizeioffiziere ihre Posten in Schanghai verlassen hätten. 2000 chinesische Studenten hätten vor dem chinesischen Rathaus gegen die Annahme der japanischen Bedingungen Einspruch erhoben. Zahlreiche chinesische Soldaten hätten, da sie ihre Wöhnung nicht erhalten hätten, in Schanghai Unruhen hervorgerufen.

Die von Tschiangkaischek zur Verstärkung abgeschickte Division sei 40 Kilometer von Schanghai von Truppen des chinesischen Generals Taihchien aufgehalten worden, der gegen die Annahme des japanischen Ultimatums sei. Auf Anweisung des japanischen Konsuls seien die japanischen Spinnereien geschlossen worden, wodurch 20 000 chinesische Arbeiter drossel geworden seien.

In Schanghai wurde der Generalstreik ausgerufen.

Englische Vorstellungen bei der japanischen Regierung

London, 29. Jan. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die britische Regierung gestern die japanische Regierung davon unterrichtet, daß sie hoffe, Japan werde innerhalb der internationalen Konzessionszone in Schanghai keinerlei Maßnahmen ergreifen, ohne vorher mit den interessierten Regierungen in Verbindung getreten zu sein.

Die britische Regierung hat die Regierung der Vereinigten Staaten ersucht, einen ähnlichen Schritt bei der japanischen Regierung zu unternehmen.

Japanische Schadenersatzforderungen an Rußland

Tokio, 29. Jan. Die japanische Regierung beabsichtigt, wie hier verlautet, die Sowjetregierung für alle weiteren Schäden an Leib und Leben japanischer Bürger in Charbin verantwortlich zu machen, die entstehen könnten, weil Rußland die Benützung der Ostchinesischen Eisenbahn zu Truppentransporten verweigerte. Die Truppen werden jetzt auf dem Luftweg befördert.

In einer amtlichen Erklärung will die japanische Regierung morgen darlegen, ihr Vorgehen gegen China sei durch dieselben Gründe veranlaßt wie dasjenige Englands im Jahr 1927.

China ruft den Völkerbund an

Genf, 29. Jan. Der Vertreter Chinas im Völkerbundsrat, Botschafter Dr. Yen, hat heute vormittag den Antrag gestellt, daß der Völkerbundrat sich sofort auf Grund des Artikels 15 mit dem chinesisch-japanischen Streit befassen soll, da das bisherige Verfahren des Völkerbundsrats auf Grund des Artikels 11 zu keinem Erfolg geführt hat.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Artikel 11, der bisher angewandt wurde, und dem Artikel 15, den China jetzt angerufen hat, besteht darin, daß Artikel 15 ein bindendes und im einzelnen festgelegtes Verfahren für die Regelung von Streitigkeiten enthält. Ein anderer, ebenso bedeutender Unterschied ist der, daß Beschlüsse des Rats, solange er auf Grund des Artikels 11 mit der Angelegenheit befaßt wird, einstimmig, d. h. mit Zustimmung der streitenden Parteien erfolgen müssen, während nach Artikel 15 Mehrheitsbeschlüsse zulässig sind. Im übrigen erklärte sich die heute hier herrschende Sensation auch daraus, daß Artikel 15 in

gewisser Verbindung mit Artikel 16 steht, der von den Sanktionen handelt. Die Frage, ob der Rat den Parteien durch einen Mehrheitsbeschluss einstweilige Verfügungen auferlegen kann, scheint im Völkerbundssekretariat „umstritten“. Ueber die Anwendung und den Verlauf des Verfahrens finden zurzeit im Sekretariat zwischen den zuständigen Stellen Besprechungen statt.

Die Vertreter der Großmächte im Völkerbundsrat hatten heute morgen eine vertrauliche Besprechung, die der neuen Entwicklung im japanisch-chinesischen Konflikt galt. Nachmittags 3 Uhr trat der Rat zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen, an der die Vertreter Chinas und Japans nicht teilnahmen.

Das Schreiben des chinesischen Vertreters hat die Herren vom Rat höchlich überrascht, denn nun muß der Rat Farbe bekennen oder den Bankrott erklären.

Neue Nachrichten

Japan der Totengräber des Völkerbunds

Berlin, 29. Jan. Die „Germania“ schreibt, der Handreich der Japaner gegen Schanghai sei ein drohendes Weltereignis von katastrophalen Folgen. Es bestehe die Gefahr, daß Japan bei einer Fortsetzung seiner Politik der scharfen Hand der Totengräber des Völkerbunds werde und daß die Weltabrüstung in Genf bereits an der Wurzel getroffen werde, ehe noch der erste Schritt in dieser Beziehung getan sei.

Der „Votallanzeiger“ und „Tag“ betonen in der Hauptsache die lächerliche Haltung des Völkerbundsrats, der anscheinend noch auf eine „friedliche Kriegserklärung“ warte.

Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm

Cäneburg, 29. Jan. Gottfried Feder, der Wirtschaftstheoretiker der NSDAP, hielt gestern einen Vortrag über den nationalsozialistischen Zukunftsstaat. Die deutsche Volkswirtschaft müsse im Dritten Reich anders aufgebaut werden. Die Einfuhr ausländischer Waren würde eingedämmt, Güter, die im Inland in genügender Menge erzeugt werden können, dürfen überhaupt nicht eingeführt werden. Im Dritten Reich werde das deutsche Volk eben nur Schwarzbrötchen essen. Rohstoffe, die unbedingt eingeführt werden müssen, würden mit Tauschwaren bezahlt. Das Dritte Reich werde mit Hilfe der Wasserstoffgasversorgung eine industrielle Nachblüte ins Leben rufen. Dadurch würde für eine Million Arbeitsloser Arbeit geschaffen. Eine weitere Million Arbeitsloser soll vom Arbeitsdienst übernommen werden; durch Erlass der Hauszinssteuer zum Zweck der Ausführung von Reparaturen würden Hunderttausende ihr Brot finden. Die Nationalsozialisten lehnen jede Verstaatlichung des Produktionsapparats ab, jedoch solle das Verkehrs- und Kreditwesen verstaatlicht werden. Um Frankreich auf seinen „Goldbergen“ verhungern zu lassen, würde das Dritte Reich auf die Goldwährung verzichten. Noch im Lauf dieses Jahres werde der Staatsgerichtshof aus Nationalsozialisten zusammengesetzt sein, die dann die Novemberverbrechen aburteilen würden.

Sprengstoffdiebe verhaftet

Hannover, 29. Jan. Im Juni vorigen Jahres wurden aus dem Pulverhäuschen eines Steinbruchs bei Wotho eine größere Menge Sprengpatronen und Sprengkapseln gestohlen. Als Täter sind jetzt Herforder Kommunisten verhaftet worden.

Selbsthilfe der bayerischen Bauern

München, 29. Jan. Am Sonntag soll in Buchloe eine Massenkundgebung der Allgäuer Landwirte stattfinden, auf der auch der Reichslandbund, die christlichen Bauernvereine und der Bayer. Bauernbund vertreten sein werden. Der Allgäuer Bauernverband hat sich nunmehr der inzwischen ins Leben gerufenen Einheitsfront angeschlossen. Der zweite Bauerntag in Buchloe — der erste fand im Dezember in Kempen statt — soll über ein Programm der Selbsthilfe beraten.

Die Flucht des französischen Golds aus Amerika

Paris, 29. Jan. Gestern brachte der deutsche Dampfer „Europa“ 482, der amerikanische Dampfer „Präsident Harding“ 220 Fässer mit Goldbarren nach Cherbourg. Eine weitere Ladung hatte der am gleichen Tag eingelaufene Dampfer „Albert Ballin“ an Bord. Die genannten beiden deutschen Schiffe haben zusammen in Cherbourg nicht weniger als für eine Milliarde Franken Gold ausgeladen, das aus Amerika zurückgeholt wurde. Die Bank von Frankreich zieht beschleunigt ihre Remporter Goldmiederlagen zurück, weil man befürchtet, daß diese französischen Goldbarren eines Teils von der amerikanischen Regierung be-

schlagnahm werden könnten, wenn Frankreich sich weigere, seine Kriegs- und Nachkriegsschulden an Amerika zu bezahlen.

Daraus ist die Verschärfung der Lage zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sowie der Wille Frankreichs ersichtlich, die Schuldenszahlungen an Amerika einzustellen, sobald es keine Tribute aus Deutschland mehr erhält.

Breitscheid in London

London, 29. Jan. Auf einer Abrüstungskonferenz der Arbeiterchaft in London erklärte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Breitscheid, der Vertreter der deutschen „Faschistenpartei“ (Rosenberg) sei vor kurzem nach England gekommen, um das englische Volk für den Faschismus zu gewinnen. Er (Breitscheid) wisse, daß der Friede Europas ernstlich bedroht wäre, wenn diese Partei in Deutschland ans Ruder käme. Die Arbeiter, die während des Kriegs auf entgegengesetzten Seiten standen, wünschten keine Wiederholung des Verbrechens von 1914. Die Sicherheit der Welt beruhe auf der Abrüstung. Die Sozialdemokratie wolle nicht die Wehrfreiheit für Deutschland, sondern die Wehrgebundenheit für alle Welt. Diejenigen, die die Abrüstung wollen, hätten aber einen immer schwereren Stand gegenüber denen, die eine Verpflichtung abschütteln wollen, weil diese Verpflichtung nicht allen Staaten auferlegt sei. In Deutschland habe man bezüglich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz Zweifel an dem guten Willen verschiedener Vertreter, man sei aber überzeugt, daß Henderson alles tun werde, um die Konferenz zu einem erfolgreichen Ausgang zu bringen.

Württemberg

Stuttgart, 29. Januar.

Die Genehmigungspflicht für Wahlflugblätter. In der letzten Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses des Landtags wurde es bei der Erörterung über die Bestimmungen der Rotverordnung vom 28. März 1931 und vom 10. August 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen als sachlich erwünscht bezeichnet, daß im Hinblick auf die kommenden politischen Wahlen Bestimmungen dahin getroffen werden, daß nicht jedes Wahlflugblatt um der Genehmigungspflicht jeder einzelnen Ortsbehörde unterworfen ist, sondern daß dafür diejenige einer zentralen Stelle des Landes treten kann. Eine diesbezügliche Entschließung wurde mit 8 Ja gegen 5 Nein angenommen.

Reichsbahnzüge mit Personal aus fremden Direktionsbezirken. Die Abg. Dr. Höllicher und Dr. Wilder (B.P.) haben folgende kleine Anfrage eingebracht: Aus Eisenbahnkreisen wird darüber geklagt, daß die Reichsbahnzüge mit Personal aus fremden Direktionsbezirken durch Württemberg durchfahren und daß infolgedessen Würt. Eisenbahner überflüssig gemacht und in großer Zahl entlassen werden. In Ulm sollen 18 und in Crailsheim etwa 20 Schaffner auf Arbeiterdienstposten abgeschoben werden. Während z. B. bayerisches Personal durch Württemberg fährt, wird würt. Personal auch auf den von Ulm aus gehenden Zügen auf bayerischen Strecken nicht verwendet. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsbahndirektion Schritte zu tun, um eine Benachteiligung der würt. Eisenbahner bei Abbaumassnahmen der Reichsbahn zu verhindern?

Staatsprüfung im Hochbaufach. Bei der im Herbst 1931 abgehaltenen Staatsprüfung im Hochbaufach sind 18 Prüflinge für befähigt erklärt worden. Sie haben die Bezeichnung „Regierungsbaumeister“ erhalten.

7. Vertretertag des Würt. Frontkämpferbunds. Der Würt. Frontkämpferbund hielt am 24. Januar im Festsaal des Hindenburgbaus seinen 7. Vertretertag ab. Die Versammlung beschloß einstimmig, am jedem 28. Juni, am Tag der Unterschrift des Versailler Vertrags, Versammlungen bei allen Ortsgruppen abzuhalten, die dem Protest gegen die Kriegsschuldfrage, gegen den Vertrag von Versailles, gegen die Kriegsgreuel und gegen den Raub unserer Kolonien gelten sollen.

Beschlagnahme des „Schwäbischen Echo“. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Nummer 4 des 2. Jahrgangs des „Schwäbischen Echo“ vom Donnerstag-Freitag, den 28./29. Januar 1932 ist auf Grund der 1. und 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen beschlagnahmt worden.

Kommunistische Demonstrationsversuche. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Für den 28. Januar hatte die neue Leitung der KPD. Württembergs und der Kampfbund gegen den Faschismus durch Flugblätter zu verbotenen Kundgebungen unter freiem Himmel in größerem Ausmaß aufgefordert. Von der Leitung war u. a. geplant, in der Königstraße zu demonstrieren. Ueber unbedeutende An-

Die 1. Romanfortsetzung befindet sich im 2. Blatt.

Ursula Drenck

Geschichte einer Liebe von Paul Grabeln.
Copyright 1930 by Romandienst „Digo“, Berlin W 30.

Einige Augenblicke sträubte sich Tante Marie zwar gegen diese Vermittlerrolle; aber schließlich schien es auch ihr das Beste zu sein, und sie beschloß, nun sofort zu Jörg zu fahren.

Wortlos, mit innigstem Dankgefühl, wie erlöst von furchtbarem Druck, preßte Ursula ihr glühendes Gesicht auf das der gütigen Helferin, während ihre eisalten Hände deren Rechte krampfhaft umschlossen. Ein warmes Mitleid mit dem furchtbar erregten, jungen Geschöpf überkam die alte Dame.

„Herrgott, Mädel, du bist ja ganz elend!“ Und nun sah sie ihr genauer in das ordentlich schmal gewordene Gesicht, in dem die Spuren der schrecklichen letzten Tage und Nächte standen. „Na, nun beruhige dich mal wieder.“ Tröstlich klopfte sie Ursula die Schulter. „Ich werde die Geschichte schon wieder in Ordnung bringen.“

Und schnell machte sie sich fertig, ihre bedeutungsvolle Mission auszuführen.

Eine Stunde bald sah Ursula schon im Eß- und Wohnzimmer im alten Lederfauteuil des Vaters am Fenster und harrete mit ständig steigender Unruhe und Angst der Rückkehr der Tante.

Ganz still war es in dem dunklen Gemach; nur das Ticken des Regulators überm Sofa klang an ihr Ohr, regelmäßig, rastlos, wie das lebendige Atmen dieses Raumes. Gedankenverloren lag Ursula in dem Stuhl. Nur dann und

wann horchte sie auf, wenn drunten auf der Straße ein Wagen dämpf heranrollte — vielleicht die Tante mit ihrer angstvoll ersehnten Botschaft — oder wenn von drinnen, aus dem Krankenzimmer, ein leises Rascheln scholl.

Eilends fuhr sie dann auf und schlich sich auf den Zehen bis an die Tür, von wo aus sie den Blick über Freds Lager hatte. Befragt spähte sie dann in das Halbdunkel des kleinen Zimmers, ihres Stübchens, hinein, das jetzt den schwer Leidenden beherbergte. Ungewiß nur leuchtete ihr aus der Dämmerung das fahle, blutleere Antlitz Freds mit den tiefen Schatten um Augen und Wangen entgegen, das, zur Seite geneigt, matt auf dem Kopfkissen lag, die blaffen Lippen ein wenig geöffnet. Das weißblonde Haar, sonst immer so tadellos frisiert, hing jetzt wirr ins Gesicht.

Mit geheimer Scheu nur konnte Ursula auf dies Leidensgesicht sehen: War es nicht mit ihrer Schuld, daß der Unselige da so lag? Wenn nun freilich auch, nach dem Urteil der Ärzte, die Gefahr für sein Leben abgewandt war, blieb nicht auch so noch Qual und Leid genug für jenen übrig, das sie sich zurechnen mußte?

Mit schweren Gedanken lehrte Ursula jedesmal von sohem Beobachten auf ihren Platz am Fenster zurück. Wenn nun die erlösende Botschaft kam, auf die sie hier in Angst harrete, würde sie sich dann wirklich freuen können — dürfte n? Was würde der da drinnen dazu sagen, wenn er erführe, daß die beiden sich wieder, ohne Schaden und bleibenden Nachteil geeint hätten, um derentwillen er so Furchtbares erlitten hatte?

Immer und immer drängte sich Ursula diese Frage auf, die sie in einen quälenden Zwiespalt versetzte.

Damals, unter dem ersten vernichtenden Eindruck des Schrecklichen, als Fred für einen Verlorenen galt, da war

ja nur ein einziges, sie ganz beherrschendes Gefühl in ihr gewesen: Niemals konnte sie Jörg diese Bluttat verzeihen, nie wieder durfte er sie sehen!

Dann aber wa — Gott sei gedankt — das Schlimmste an Fred vorübergegangen — und damit war eine ruhigere Besinnung zu Ursula zurückgekehrt. Es war fast unmittelbar darauf, nachdem sie ihren Absagebrief an Jörg geschickt hatte. Mit einem Male fiel ihr's nun auf die Seele, daß sie übereilt und ungerecht gegen Jörg gehandelt hatte. Plötzlich kam ihr zum Bewußtsein, daß auch sie doch nicht ohne Schuld sei. Zwar drängte diese Empfindung immer noch wieder ein trotziges Gefühl zurück, daß seine Schuld doch die viel größere sei; aber doch lebte in ihr der geheime Wunsch, ja die Hoffnung, Jörg werde ihr trotz ihres Verbots noch einmal schreiben und um eine Gelegenheit zur Rechtfertigung bitten.

So hatte Ursula zwischen Furcht und Hoffnung den ganzen Tag nach Abgang ihres Briefes zugebracht. Endlich am Abend hatte ihr dann die Post Jörgs Antwort gebracht — aber statt des erwarteten Flehens um Behör die stumme, doch so furchtbar bereitede Sendung: seinen Ring!

Erst hatte ein tödlicher Schreck Ursula niedergeschmettert; dann aber riß sie ihr im Tiefsten verwundeter Stolz wieder hoch. Tat man sie so ab? Ah, er war nicht wert, sich auch nur einen Augenblick darum zu grämen! Dann aber, als sie daran dachte, dem Vater alles zu sagen, erschien ihr plötzlich die Sache in einer anderen Beleuchtung. Wie würde es der Vater beurteilen? Die Beantwortung der Frage zeigte ihr nach und nach in immer schärferem Lichte die eigene doppelte Schuld von Trost und Ueberlegung und die bitterherben Folgen: den Zorn des Vaters, den Standa vor der Gesellschaft, die ganze trostlose Oede eines verpfuschten Lebens!